



NRWinfo

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
LV NRW

Heft 4/2015
4. Quartal
www.bund-nrw.de



Luftverkehr in NRW

**Neues BUND-Konzept für mehr
Klima- und Menschenschutz**

Luftverkehr in NRW

Keine Art der Fortbewegung ist energieintensiver als das Fliegen. Schon jetzt tragen die CO₂-Emissionen des Luftverkehrs zu fünf Prozent zur globalen Erwärmung bei - Tendenz steigend. Dazu ist der Luftverkehr ein richtiger Krankmacher: Flughafen-Anwohner*innen leiden unter dem tosenden Lärm der Flieger. Trotzdem setzen die Flughafenbetreiber in NRW auf Expansion. Der BUND stellt dem sein Konzept für einen zukunftsfähigen und umweltverträglicheren Luftverkehr entgegen. Die Politik muss jetzt handeln.

Streitthema Luftverkehr: Für Umweltschützer*innen gelten die Flieger als Klimakiller, hunderttausenden Betroffenen rauben sie den Schlaf. Politik und Wirtschaft sehen den Luftverkehr dagegen als vermeintlichen Jobmotor und setzen auf Zuwachs. Die rot-grüne Landesregierung hat deshalb in ihrer Koalitionsvereinbarung angekündigt, dieser Entwicklung und den Anforderungen, die Klimawandel und Lärmschutz an den Luftverkehr stellen, durch intelligente, klima- und anwohnerfreundliche sowie wirtschaftliche Lösungen zu begegnen. Dazu soll ein Luftverkehrskonzept verabschiedet werden.

Die Realität ist aber eine andere: Etliche verkehrspolitisch fragwürdige Regionalflughäfen in Nordrhein-Westfalen buhlen um die Fluggäste, der Düsseldorfer Airport will eine Genehmigung des Parallelbahnbetriebs beantragen und ein Nachtflugverbot für Köln/Bonn ist nicht in Sicht. Angeregt und finanziert von der BUND-Regionalgruppe Düsseldorf hat deshalb der BUND die Initiative ergriffen, und mit einem eigenen NRW-Luftverkehrskonzept wesentliche Eckpunkte für einen zukunftsfähigen und umweltverträglicheren Luftverkehr vorgelegt.

Bei der Vorstellung des Konzepts übte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht heftige Kritik an der derzeitigen Situation: „Die Regionalflughäfen werden mit Steuergeldern gepöppelt, womit sich NRW zunehmend zu einem Flugzeugträger für Billigflieger entwickelt. Eine Kooperation der internationalen Flughäfen scheitert an lokalem Klein-Klein und das Potenzial der Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene wird nicht ansatzweise ausgeschöpft. Leidtragende sind die lärmgeplagten Menschen und die Umwelt.“ Der Handlungsbedarf ist also groß.

„Flugzeugträger für Billigflieger“

Interessant dabei ist, dass nur am Flughafen Düsseldorf in den letzten fünf Jahren steigende Passagierzahlen zu verzeichnen waren. An allen anderen Flughäfen waren die Zahlen rückläufig - und das trotz zum Teil massiver Subventionen. So wird zum Beispiel jeder Fluggast in Dortmund mit 10 Euro von Stadtwerkkunden und mit Steuergeldern bezuschusst. Insbesondere die Regionalflughäfen Münster/Osnabrück, Paderborn, Dortmund, Niederrhein/Weeze und Siegerland stehen in ruinöser Konkurrenz zueinander und drohen sich zu kannibalisieren. Der BUND fordert



Auf Expansionskurs: Der Flughafen Düsseldorf will eine zweite Start- und Landebahn in dauerhaften Betrieb nehmen. BUND und Bürgerinitiativen wehren sich. Vor der Landespressekonferenz formulierte der BUND-Landesvorsitzende die Forderungen an die Politik. Fotos: wikimedia.org, D. Donner



 Die BUND-Eckpunkte für ein NRW-Luftverkehrskonzept finden Sie unter www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/verkehrs-politik

deshalb die Politik auf, die EU-Beihilferegelung konsequent umzusetzen und die Subventionen bis spätestens 2024 zu beenden. Damit würden dann auch bestehende Überkapazitäten abgebaut. Einen als „Zweibahnbetrieb“ getarnten Kapazitätsausbau des Düsseldorfer Flughafens lehnt der BUND vehement ab. Dazu mahnt der BUND eine stärkere Kooperation zwischen den internationalen Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn an.

Verlagerung auf die Schiene

Wesentliches Defizit ist, dass die Standortgunst NRWs noch nicht für eine stärkere Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene genutzt wird. Nach der BUND-Analyse könnten sofort und ohne Zeit- und Komfortverlust 50.000 Flüge mit sechs Millionen Fluggästen auf die Bahn verlagert werden. Vollkommen unverständlich ist, warum allein von Düsseldorf nach Frankfurt trotz einer perfekten ICE-Verbindung noch immer etwa 4.500 Flüge jährlich gehen. Von Köln/Bonn wurde solche Zubringer-Flüge mittlerweile konsequent eingestellt.

Ein erhebliches Manko sieht der BUND auch beim Lärmschutz. „Die lärmabhängigen Start- und Landentgelte an stadtnahen Flughäfen wie Düsseldorf haben keine Lenkungswirkung“, konstatierte der BUND-Verkehrsexperte Werner Reh. Auch beim Schutz der Nachtruhe gibt es nach wie vor große Defizite. Neben Köln/Bonn, wo Anwohner seit Jahrzehnten für ein Nachtflugverbot kämpfen, gilt dies auch für Düsseldorf. Eine Lösung sieht der BUND in einer stärkeren Spreizung der Entgelte und der Einführung von Lärmobergrenzen.

Politik muss handeln

Der BUND sieht jetzt die Landesregierung und das Parlament in der Pflicht, das Luftverkehrskonzept für NRW zügig und mit umfassender Bürgerbeteiligung in Angriff zu nehmen. Ziel muss ein effizientes Flughafenetz im Rahmen einer nachhaltigen Mobilitäts- und Transportstrategie unter Berücksichtigung der Umweltbelange sein. Eine solche zukunftsfähige Verkehrsstrategie wäre auch ein Standortvorteil für das Land, das heute bereits Verkehrsdrehscheibe für Westeuropa ist. Auch die Verpflichtung für effektive Klimaschutzmaßnahmen zur Einhaltung der 2°C-Obergrenze durch Maßnahmen im Luftverkehr muss Teil dieses Konzepts sein. (dj)



Landschaftsfresser Autobahnbau. Der BUND NRW entwickelt umweltverträgliche Alternativen. Foto: Jens912 / photocase.de

Jetzt beteiligen!

Umweltschädliche Straßenbauprojekte verhindern

Am Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015 wird intensiv gearbeitet. Er legt fest, welche Autobahnen und Bundesstraßen, Bundesschiennenprojekte und Bundeswasserstraßen auch in NRW ausgebaut werden sollen. Auf dieser Grundlage beschließt der Bundestag dann später die gesetzlichen Ausbaupläne. Wegen der EU-Richtlinie zur „Strategischen Umweltprüfung“ muss eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden: Seit Anfang November können Bürger*innen und Verbände sechs Wochen über ein Online-Portal oder schriftlich zu den angemeldeten 1.500 Straßen- und 400 Schienenprojekten und den Bewertungen der Gutachter Stellung zu nehmen.

In dieser Phase kommt es auf die strategischen Aspekte an: Ist der verkehrliche Bedarf begründet, erfüllt das Projekte die offiziellen Planungsziele Treibhausgasminde rung, Vermeidung von Flächenverbrauch und Naturzerschneidung, Lärmminde rung, wurden „alle vernünftigen“ Alternativen geprüft?

Mit Unterstützung der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW kann der BUND diese Beteiligung jetzt intensiv begleiten und auch Bürgerbeteiligungen vor Ort anbieten. Ziel ist es, umweltverträgliche Alternativen für besonders schädliche Vorhaben zu entwickeln. Machen Sie mit! (wr)



Informationen zur Öffentlichkeitsbeteiligung und dem BVWP 2015 unter <http://www.bund-nrw.de/bvwp>

Kein großer Wurf

Neue Braunkohlen-Leitentscheidung



Der Braunkohlentagebau Garzweiler frisst sich weiter in die Landschaft, auch wenn der Ort Holzweiler gerettet werden konnte. Foto: D. Jansen

Wer dachte, die Landesregierung stelle mit dem Klimaschutzgesetz und der neuen Leitentscheidung zur Braunkohlenpolitik die Weichen für den Ausstieg aus der klimaschädlichen Stromerzeugung aus Braunkohle, sieht sich jetzt bitter enttäuscht. Ende September legte die Staatskanzlei den Entwurf der neuen Leitlinie vor und erhob damit den Anspruch, eine „nachhaltige Perspektive für das Rheinische Revier“ zu entwickeln. Für den BUND sind die neuen Vorgaben jedoch eher ein weiteres Zugeständnis an die RWE-Interessen. Zwar soll der Tagebau Garzweiler verkleinert und der Ort Holzweiler vom Abbaggern verschont werden - ein Novum in Deutschland und wichtiger Etappenschritt. Doch weder der zeit-

liche AbbauhORIZONT bis 2045 noch der Tagebau Hambach werden infrage gestellt. Nur folgerichtig, dass die Bergbaugewerkschaft IG BCE den Beschluss der Landesregierung als „wichtige Voraussetzung für Zukunftssicherheit im Braunkohlenbergbau“ begrüßte. Aus Klimaschutzsicht bringt der Verzicht auf die Nutzung von 400 Millionen Tonnen Braunkohle viel zu wenig. Auch ein 400m-Sicherheitsabstand der Grube zu Holzweiler ist kaum geeignet, die dortige Lebensqualität in zu erhalten. Bis zum 8. Dezember besteht jetzt die Möglichkeit, den Entwurf der Leitentscheidung im Rahmen einer Online-Konsultation zu kommentieren. (dj)

 www.bund-nrw.de/leitentscheidung

Eklat beim Erörterungstermin zu Datteln 4

„Fehlplanung bleibt Fehlplanung“

Auf mindestens zwei Wochen Dauer hatte die Bezirksregierung Münster den Erörterungstermin zum Neuantrag der Firma Eon für das Kohlekraftwerk Datteln 4 angesetzt. Doch schon nach fünf Tagen war Schluss. Grund dafür war der vorzeitige Auszug des BUND und der örtlichen Bürgerinitiativen. Was war geschehen?

Der BUND war bereits mit einer kritischen Grundhaltung in den Erörterungstermin gestartet. „Im Wesentlichen sollte dort die gleiche Planung erörtert werden, die bereits gerichtlich gescheitert ist,“ sagte Thomas Krämerkämper, stellvertretender Landesvorsitzender des BUND. Die Öffentlichkeitsbeteiligung werde dadurch als Farce entlarvt, Fehlplanung bleibe Fehlplanung. Für den BUND grenzt das ganze Verfahren an ein absurdes Theater. Schließlich steht das Kraftwerk fast fertig gebaut in der

Landschaft, darf aber wegen der BUND-Klage nicht weiter gebaut oder in Betrieb genommen werden. Jetzt versucht Eon, die Genehmigungsunterlagen nachträglich an den gerichtlich gescheiterten Schwarzbau anzupassen.

Besonders deutlich wurde das im Erörterungstermin. Eon präsentierte eine Prognose für den Schadstoffausstoß, die in eklatantem Widerspruch zu dem real existierenden Kühlturmdesign stand. Der BUND kritisierte diese Trickserie: Damit könnten auch keine belastungsfähigen Aussagen zu den Auswir-

kungen des Kraftwerks auf die europarechtlich geschützten Natura 2000-Gebiete gemacht werden. Einer weiteren Erörterung werde damit die Grundlage entzogen.

Als sich die Bezirksregierung weigerte, bei diesen Kapriolen von Eon zu intervenieren, zog der BUND die Reißleine und verließ den Termin. Jetzt sieht der BUND die Fachaufsichtsbehörde in der Pflicht, einzuschreiten. (dj)

 www.bund-nrw.de/datteln



Foto: D. Jansen

Landesweites Fracking-Verbot

Als „gute Entscheidung für Mensch und Umwelt“ begrüßte der BUND die Entscheidung der Landesregierung, das umstrittene Fracking zur Förderung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten über strikte Vorgaben der Landesplanung in Nordrhein-Westfalen auszuschließen.

Angesichts der Verhandlungen über das Fracking-Regelungspaket auf Bundesebene kommt der Entscheidung der NRW-Landesregierung eine wichtige Signalwirkung zu. Die bisherigen Vorschläge der Bundesregierung laufen nach Auffassung des BUND auf ein „Fracking-Ermöglichungsgesetz“ hinaus. Damit droht auch in NRW der Einsatz dieser Risiko-Technologie. Der BUND hatte deshalb schon frühzeitig an die Landesregierung

appelliert, die landesrechtlichen Möglichkeiten zum Ausschluss der riskanten Fördermethode zu nutzen.

Mit der Verankerung des Fracking-Ausschlusses als Ziel der Landesplanung kommt die Landesregierung dieser BUND-Forderung nach. Zuvor hatte bereits der Regionalrat Münster ein flächendeckendes Fracking-Verbot beschlossen.

Der BUND erwartet aber weiter, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für ein generelles gesetzliches Fracking-Verbot einsetzt. Dieses muss auch Probebohrungen umfassen. Diese, so die Befürchtung, könnten sich ansonsten als späterer Türöffner zur Aufweichung eines Fracking-Verbotes erweisen. (dj)



 www.bund-nrw.de/fracking

BUND verleiht Gütesiegel

Energiesparendes Krankenhaus

Das St.-Josefs-Hospital in Hagen erhielt als insgesamt 44. Einrichtung das BUND-Gütesiegel „Energie sparendes Krankenhaus“. Der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht (3. v.l.) überreichte die Auszeichnung an den Krankenhaus-Chef Achim Brenneis. Damit wurde das Krankenhaus für sein außerordentliches Engagement im Klimaschutz gewürdigt. Anhand zahlreicher Maßnahmen konnte die Einrichtung zwischen 2009 und 2014 die CO₂-Emissionen um 25 Prozent senken. Dies entspricht 1.005 Tonnen jährlich. Auch Umweltstaatssekretär Peter Knitsch (2.v.r.) lobte das Engagement der Verantwortlichen als „gutes Praxisbeispiel, um anderen Unternehmen ein Vorbild zu sein.“

 <http://www.energiesparendes-krankenhaus.de>



Foto: B. Stolten



Foto: M. Köhler, P. Kröfges

Die Teilnehmer*innen der abschließenden Exkursion zum Rhein waren sich einig: Wir brauchen mehr Wildnis am Gewässer! Dafür stehen auch die BUND-Experten Paul Kröfges (BUND NRW), Sebastian Schönauer (BUND Bundesarbeitskreis Wasser), Jörg Nitsch (BUND Hessen), Hubert Weiger (Bundesvorsitzender) und Holger Sticht (NRW-Landesvorsitzender).

Mehr Wildnis am Gewässer wagen!

Naturschutztage am Rhein

Rundum gelungen und auf hohem Niveau“, so lauteten auch dieses Jahr wieder nahezu einmütig die Kommentare der Teilnehmer*innen an den BUND-Naturschutztagen am Rhein 2015. Drei Tage lang diskutierten die aus ganz Deutschland angereisten Expert*innen in Königswinter Wege, mehr Wildnis zu wagen.

Umweltminister Johannes Remmel begrüßte die BUND-Initiative und verwies auf das mit 80 Millionen Euro pro Jahr größte Förderprogramm des Landes für „Lebendige Gewässer“. Ohne ein Netzwerk intakter Flüsse und Bäche läge die Infrastruktur der Artenvielfalt auf dem Trockenen. Diese Einschätzung teilte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht, der das BUND-Wildniskonzept für NRW erläuterte. Mehr Mut forderte er, zuzuschauen, wie sich Wildnis entwickelt, anstatt in diesen Gebieten weiter unter anderem Jagd und Holzentnahme zuzulassen. In Gewässern sei vor allem mehr Dynamik erforderlich, für die Quer- und Längsverbauungen beseitigt werden müsste. Wilde Auen fehlten weitgehend in NRW.

Über den „Ökosystemingenieur Biber“, der „kostenlos und ohne

Genehmigung“ die Gewässer in seinem Sinne renaturiert und dabei die Biodiversität enorm befördert, berichtete Lutz Dalbeck von der Biologischen Station Düren. Mit Blick auf die zunehmenden Konflikte mit Land- und Gewässernutzern forderte er, unterstützt vom BUND, ein landesweites NRW-Bibermanagement ein.



Weitere Themen der lebendigen Debatte waren die Flächenkonkurrenz zwischen Landwirtschaft und Naturschutz, aber auch die Frage nach einer besseren Koordination von Gewässer- und Naturschutz. Gewässerentwicklungskorridore und Biotopverbundachsen müssten effizient verknüpft werden, so die Forderung.

Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Insbesondere die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie vor Ort verläuft nur schleppend. Die Naturschutzexpert*innen fassten deshalb ihre Kernforderungen in einem einstimmig verabschie-

deten Memorandum zusammen. „Mit dem Memorandum senden wir ein starkes Signal für mehr Gewässerschutz an die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Kommunen“, sagte dessen Initiator, der BUND-Gewässerschutzexperte Paul Kröfges. Kernforderungen sind ein ökologischer Hochwasserschutz sowie die Verbesserung der Durchgängigkeit und chemischen Qualität der Gewässer.

Das Anspruch und Wirklichkeit leider noch viel zu häufig auseinander klaffen, zeigte die Exkursion zum Tagungsabschluss. Auf der Rheinhalbinsel „Rheidter Werth“ bei Niederkassel prallen bundesweit relevante Entwicklungsansprüche des Naturschutzes auf unberührte Wildniszonen am Rhein für gefährdete Brut- und Zugvögel und zahlreiche Fledermausarten unmittelbar mit dem Erholungsanspruch der Menschen aufeinander.

Der BUND bedankt sich für die Unterstützung der Tagung durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung in NRW, der Deutschen Naturschutzakademie und bei seinen Landesverbänden Nordrhein Westfalen, Hessen, Rheinland Pfalz und Baden Württemberg. (pk)



Unter www.naturschutztageamrhein.de können das Memorandum und die Vorträge abgerufen werden.

Erweiterung Phantasialand

Rummel oder Naturschutz?

Am 12. Dezember 2012 hatte der Regionalrat Köln mit der Änderung des Regionalplans den Weg für die westliche Erweiterung des Freizeitparks „Phantasialand“ bei Brühl geebnet. Der Freizeitpark soll danach um 19 Hektar vergrößert werden. Das landeseigene Naturschutzgebiet Ententeich müsste damit einem Hotel mit „Wellnesssoase“ weichen.

Doch den Staatswaldverkauf will die Landesregierung laut Koalitionsvertrag nicht, und die Abtretung eines Naturschutzgebiets wäre gar ein Novum.

So bemühte sich die Staatskanzlei 2014 um ein Moderationsverfahren. In mehreren Sitzungen sollte mit allen Beteiligten ein möglichst breiter Konsens erzielt werden. Doch für die Zerstörung des Ententeichs mit streng geschützten Arten wie dem Springfrosch gibt es

nun mal weder einen funktionalen noch einen räumlichen Ausgleich. „Weil das Moderationsverfahren eben nicht ergebnisoffen geführt wurde, sind wir vorzeitig ausgestiegen“, sagte Joachim Scheffer, Vorstandsmitglied der BUND Kreisgruppe Rhein-Erft. Auch aus Sicht von Umweltminister Rummel hat die Moderation ihr Ziel verfehlt.

Die Stadt Brühl versucht nun den Ball ans Umweltministerium zu spielen und erwartet einen Verkauf des Naturschutzgebiets. Doch eigentlich ist jetzt erstmal die Stadt selbst mit ihrer Bauleitplanung am Zuge.

Nur eins ist klar: das 15 Jahre alte Verfahren ist noch lange nicht beendet. Und der BUND wird weiter dafür streiten, dass kein Präzedenzfall zu Lasten des Naturschutzes geschaffen wird. (hs)



Rummel oder Naturschutz? Die Aktiven des BUND Rhein-Erft kämpfen für den Erhalt der Idylle.

Foto: J. Scheffer

Naturschutz braucht Macher

20 Jahre Streuobstprojekt Bochum

Glückwunsch: Seit nunmehr zwei Jahrzehnten nimmt das Apfelsaftprojekt der BUND-Kreisgruppe Bochum jeden Herbst Äpfel von Streuobstwiesen aus Bochum, Sprockhövel und Hattingen entgegen. In einer regionalen Mosterei wird daraus naturtrüber Saft gepresst und in Mehrwegflaschen

abgefüllt, der auch nur in der Region erhältlich ist. Weiterhin organisiert der BUND Bochum Sammelbestellungen von Obstbäumen, führt Schnittkurse durch, berät Eigentümer von Obstwiesen und besucht mit einer kleinen Saftpresse Kindergärten und Schulen, um den Kindern die Vielfalt unseres

heimischen Obstes näherzubringen. Gefeierte wurde das Jubiläum kürzlich im Bochumer Umweltzentrum. Der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht dankte vor Ort allen Aktive für ihren Einsatz und ihre Ausdauer.

Auch andernorts sind viele BUND-Gruppen im Obstwiesenschutz aktiv, so u.a. in Dortmund, Waltrop, Schwerte, Herne, Köln, im Rhein-Sieg-Kreis und den Kreisen Neuss, Düren und Coesfeld und in Lemgo. Die dortige Ortsgruppe hat u.a. eine bundesweit beachtete Obstsortendatenbank erstellt. Einmal mehr zeigt sich: Naturschutz lebt vom Mitmachen! (rb)



Foto: BUND

i Weitere Infos rund um den Obstwiesenschutz im BUND unter http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/obstwiesenschutz_streuobstvermarktung/

► **Machtvolles Signal gegen TTIP:** Unter dem Motto „TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel“ haben am 10. Oktober etwa 250.000 Menschen bei einer Großdemonstration im Herzen von Berlin gegen die Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sowie Kanada (CETA) protestiert, darunter auch viele BUND-Aktive aus Nordrhein-Westfalen. Besonders engagiert zeigte sich die BUNDjugend NRW: Sie organisierte einen eigenen Bus und startete damit in das Aktionswochenende. Mit Fahnen, Tierkostümen und selbstgemalten Plakaten ging es am Samstag singend, tanzend und schreiend durch die Straßen von Berlin. „Wir sind bunt, wir sind laut, weil ihr noch auf TTIP baut“.



Foto: BUNDjugend

► **BUND setzt sich für Flüchtlingskinder ein:** Aktive des BUND in Gütersloh machten im Rahmen einer Exkursion zur örtlichen Biologischen Station Flüchtlingskinder aus Syrien und anderen Ländern mit der Natur vertraut. Naturerlebnis statt tristes Notunterkunft-Einerlei. „Tragender Gedanke der Umweltexkursion mit Flüchtlingsfamilien ist es, Kenntnisse und Interesse an der heimischen Flora und Fauna zu wecken und die beruhigende Wirkung eines Aufenthalts in der Natur zu bieten“ sagte Initiator Achim Hertzke. Umweltpädagogische Exkursionen böten sich sehr gut an, um Pflanzen vorzustellen, die Flüchtlingen nicht bekannt sind, wie zum Beispiel Brennesseln.



Foto: BUND Gütersloh

► **„Bunte Früchte – Volle Gläser“:** Beim Streuobst- und Einmachworkshop für Jugendliche und junge Geflüchtete Ende September in Soest hieß es nicht nur Streuobst ernten und verarbeiten, sondern auch ein solidarisches Miteinander zu leben. Auch wenn das Thema Lebensmittelverschwendung in aller Munde ist, verkommen alljährlich Unmengen Lebensmittel in Gemeindebesitz. 17 Jugendliche trafen sich Ende September in der Soester Börde, um solche Kostbarkeiten zu retten. Hier lernten sie die Früchte des Herbsts kennen und verarbeiteten die gesammelte Ernte zu Saft, Kompott, Chutney und Marmelade. Die nicht verarbeiteten Früchte wurden im Anschluss an Asylsuchende der ZUE Rüthen verteilt, wo sie passend zum Abendessen ankamen. Flucht ist nicht nur aufgrund der aktuellen Notwendigkeit auch für BUNDjugend und BUND ein zentrales Thema. Um sich hier zu engagieren und Aktive bei der Zusammenarbeit mit Asylsuchenden zu unterstützen, wurde ein Leitfaden entwickelt, der BUND- und BUNDjugend-Gruppen aufzeigt, wie Veranstaltungen im Bereich Asyl organisiert werden können und worauf es zu achten gilt. Die Handreichung gibt es bei der BUNDjugend NRW. Kontakt: felix.becker@bundjugend-nrw.de.



Foto: BUNDjugend

► **WDR-Maus im Erlebnispark „Natueroase“ in Soest:** Der 3. Oktober stand für die BUND OG Soest/Welver im Zeichen der Kinder und Familien: „Die Sendung mit der Maus“ hatte zum fünften Mal zum bundesweiten „Türöffner-Tag“ aufgerufen. Die BUND OG Soest/Welver machte zum ersten Mal mit der „Maus“ die Gartentür des Naturerlebnispark „Natueroase“ in Soest auf. 48 Kinder und 26 Erwachsene nutzten die Gelegenheit. Das ganztägige BUND Angebot umfasste Umweltbildungsspiele, Mal- und Schminkangebote, eine „Schmetterlings-Bastelecke“ und natürlich das Bauen von Nisthilfen zum Thema Streuobstwiese, ein Tierquiz, ein Regenbogenmandala und vieles mehr. Ein toller Erfolg!



... am »Türöffner-Tag«, Samstag, 3. Oktober 2015